

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 21. Juni 1880.

Nr. 284.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der **Expedition monatlich 50 Pfennige**, mit **Bringerlohn 70 Pfennige**.
Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung vom 19. Juni.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11^{1/4} Uhr.

Am Ministerische: Kultusminister v. Puttkamer und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Die Debatte beginnt bei Art. 2, welcher, von der Kommission gestrichen, nach der Regierungsvorlage lautet:

„Die Berufung an die Staatsbehörde gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden in Gemäßheit der §§ 10 und 11 im Gesetz vom 12. Mai 1873, sowie des § 7 im Gesetz vom 22. April 1875 steht nur dem Oberpräsidenten zu. — Die Berufung sowie der Antrag des Oberpräsidenten auf Einleitung des Verfahrens in Gemäßheit des § 26 im Gesetz vom 12. Mai 1873 können bis zur Verkündung des gerichtlichen Urtheils zurückgenommen werden.“

Die freikonservativen Abgg. Stengel und Gen. beantragen die Streichung dieses Artikels. — Abg. Dr. Brühl und Gen. in Alina 1 zu setzen statt „nur dem Oberpräsidenten“ — „Demjenigen, gegen welchen die Entscheidung ergangen ist, nicht ferner zu.“

Abg. Brühl führt zur Begründung seines Antrages an, daß derselbe nur bezwecke, was die Regierungsvorlage positiv ausdrücke, negativ zu fassen, da es der Sinn des Artikels sein müsse, die direkte Berufung an den Gerichtshof durch die von Disziplinarratsentscheidungen Betroffenen auszu-schließen. Durch die Regierungsvorlage werde die politische Macht des Ober-Präsidenten verstärkt, und darum sei die negative Fassung notwendig.

Abg. Febr. v. Hammerstein empfiehlt dagegen die Annahme der Regierungsvorlage, die sowohl für die katholische wie für die protestantische Kirche eine Verbesserung enthalte gegenüber dem gegenwärtigen Zustand.

Abg. Klotz: Wenn man den Ausführungen des Vorredners folgen wollte, so würde man in deren Konsequenz zu der Annahme des Brühlschen Amendements gelangen müssen. M. H., bei Beginn des Kulturkampfes haben wir uns schwer entschlossen, der Regierung unsere Unterstützung in diesem Kampfe zu leihen, aber wir haben es gethan in der Ueberzeugung, daß, wenn der Kampf zwischen der römischen Kirche und dem Staate eine Nothwendigkeit geworden, daß wir dann der Regierung die Unterstützung in der Weise gewähren wollten und mußten, daß wir die Schutzwaffe geschicklich regelten in der Weise, daß nicht die Verwaltung,

sondern lediglich eine richterliche Entscheidung darüber eintreten müßte, wo irgend Jemand sich verlegt fühle. Diesen Grundfatz haben wir festgehalten in den gesammten Maigesetzen und von demselben Gesichtspunkte aus sind wir gegenwärtig außer Stande, für irgend einen Artikel zu stimmen, der statt der Regelung durch Gesetz die Willkür der Verwaltung einführt. Wir glauben, es liegt dies im Interesse beider Theile, denn nichts kann dem Ansehen der Staatsregierung mehr schaden, als wenn sie der willkürlichen Handhabung der Gesetze bezichtigt werden kann. Wir glauben, daß dies eine tiefe Schädigung des Rechtsgefühls im Volke mit sich führen muß und deshalb sind wir der Meinung, daß die Regierung mit dieser Vorlage einen falschen Weg eingeschlagen hat. Die Bestimmung des Art. 2 würde dahin führen, die Gesetze vollständig außer Kraft zu setzen, deshalb wollen wir, daß derselbe aus dem Gesetz verschwinden und daß das bestehende Recht aufrecht erhalten werde.

Geh. Rath Dr. Hübler legt dar, daß der recours ab abusu bisher in Preußen in viel zu weitem Umfange, selbst gegen die einfachsten Disziplinarratsurtheile, wie z. B. gegen einen Verweis, dem von einer solchen Betroffenen zugestanden habe. In keinem anderen Staate Europas sei dies der Fall, und knüpfe sich an die so vielfach gestattete Anwendung dieses Rechtsmittels durchaus kein öffentliches Interesse, wohl aber bliebe bei der damit verbundenen kassatorischen Wirkung die konstante Gefahr, daß in jedem Augenblick um der geringfügigsten Fragen willen von Neuem der Kampf zwischen Staat und Kirche aufs Heftigste entbrenne. Dieser Möglichkeit vorzubeugen, schlägt die Regierung vor, die Anwendung dieses Rechtsmittels, von dem nur ausnahmsweise und nur, wenn es das staatliche Interesse durchaus erfordere, Gebrauch gemacht werden dürfe, der Kompetenz der Betroffenen zu entziehen. Im Uebrigen sei im Laufe vieler Jahre von diesem Rekurs seitens katholischer Geistlicher nur in sporadisch vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht worden.

Abg. Freiherr von Minnigerode erklärt sich im Interesse der evangelischen Kirche für den Art. 2.

Abg. Freiherr von Zedlig-Neukirch erklärt sich gegen die Beibehaltung des Artikels 2. Die niedrige Geistlichkeit in Preußen bedürfe des Schutzes gegen die Tyrannei der oberen Geistlichkeit. (Großer Lärm im Centrum.)

Abg. Febr. v. d. Red hebt dem gegenüber hervor, daß derjenige, welcher sich dem geistlichen Stande widme, sich auch der Disziplin seiner geistlichen Oberen unterwerfen müsse. Der Offizier setze sich der Maßregelung durch seine militärischen Vorgesetzten aus. Redner bittet sodann um die Erlaubniß, seinen prinzipiellen Standpunkt zu der Vorlage klar zu legen. Die Maigesetze, meint Redner, seien ein Produkt des modernen Liberalismus. D. Fall habe sich zu den liberalen Ideen offen bekannt, er sei die Mutter dieser Gesetze (große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, ich kann mir nicht helfen, Herr Febr. ist die Mutter dieses Gesetzes (Wiederholte stürmische Heiterkeit) und der Vater sträubt sich jetzt, das ungerathene Kind im Hause zu behalten, was dem Liberalismus natürlich nicht gefalle. Ich selbst habe die Maigesetze nicht bloß als ein ungerathenes, sondern von vornherein als ein todgeborenes Kind angesehen, das man höchstens anständig begraben müßte. Die Präbende des Staates will das nur nicht zulassen, eine Präbende, die sich sonst nicht bemerkbar macht. Der Redner wendet sich, nachdem der Präsident ihn zur Sache gerufen, zum Artikel 2, dem er zustimmen will, weil derselbe die Kirche aus den verschiedenen Zuständen herausnimmt und sie nur zwischen eine Instanz, zwischen Bischof und Oberpräsident stellt. Aus diesem Grunde empfiehlt Redner namentlich dem Centrum die Annahme des Art. 2, schon seines provisorischen Charakters wegen bitte er das Centrum, sich diesen Gerichtshof gefallen zu lassen.

Abg. Dr. Windthorst: Der Appell des Herrn Vorredners kam aus einem warmen und aufrichtigen Herzen, und ich leugne nicht, daß diese Darlegungen mir die ernste Erwägung nahe legen, was in dieser Angelegenheit zu thun ist. Die Herren sagen: „Es ist ja nur ein Provisorium, seien Sie doch nicht so bedenklich!“ Das steht aber noch garnicht fest. Man will nicht verhandeln, sondern das, was hier vorgelegt wird, soll

ohne weiteres Gesetz werden, und die Verhandlungen, die in Aussicht gestellt sind, beziehen sich nur darauf, wie dieses Gesetz ausfällt. Ich habe wiederholt die Frage an die Staatsregierung gerichtet, ob sie gewillt sei, nach Annahme dieses Gesetzes eine organische Revision der Maigesetze eintreten zu lassen; welche Garantien sie zu bieten hat, daß dies geschieht im rechten Sinn, darauf ist mir eine Antwort nicht geworden. Ich habe diese Frage nicht allein gestellt; dieselbe ist von dem Kardinal Jacobini an den Prinzen Reuß ebenfalls gestellt, aber nicht beantwortet worden. Wie kann man solchen Thatsachen gegenüber von einem provisorischen Verhältniß sprechen. Nein, diese Vorlage und auch dieser Paragraph soll nach den Intentionen der Regierung ein dauerndes Gesetz werden; kann man denn aber dauernd so etwas genehmigen, was der Art. 2 von Neuem bestätigt? Wir würden ganz gewiß viel weiter kommen und unsererseits geneigt sein, den wohlwollenden Intentionen des Herrn Kultusministers und der Konfessionsparteien — die Freikonservativen sind nicht dabei — (Große Heiterkeit) — entgegen zu kommen, wenn es auf der vorliegenden Basis geschehen könnte, und ich erkläre ausdrücklich, daß mir das Resultat zu Artikel 1, das in Folge einer Kriegeliste des Abg. Richter herbeigeführt ist, durchaus nicht gefällt. Ich bin Ihnen aber sehr dankbar für diese Lehre, wir werden Ihnen mit einigen Faktis aufwarten; bei Art. 4 sprechen wir uns wieder. (Heiterkeit.) Ich hätte nämlich gewünscht, daß die Nr. 1 der Regierungsvorlage angenommen werden würde. Redner geht nun auf die Ausführungen des Regierungskommissars ausführlich ein und behauptet, daß Jeder, der denselben gehört, zu der Konklusion kommen müsse, es sei das betreffende Gesetz aufgehoben worden. Zu seinem Bedauern sei der Kommissar nicht zu dieser Konklusion gekommen, nicht aus Logik, sondern weil er nicht durfte. Dieses exorbitante Gesetz habe nach der eigenen Erklärung der Regierung nicht seinesgleichen und deshalb müsse es auch fallen; man dürfe nicht den Versuch machen, durch irgend welches Bildwerk es noch länger zu erhalten. Einer derartigen Unterordnung, wie sie in einem solchen Gerichtshof liegt, könne und werde sich keine christliche Kirche für die Dauer unterziehen. Das sei die Krönung des Werkes, welches die christlichen Kirchen zu Staatskirchen zu machen beabsichtigt, sie in russische Zustände hineinzubringen.

Kultusminister v. Puttkamer: M. H., ich gehe auf eine nochmalige Motivirung des Artikels 11 nicht ein, umsoweniger, als mein Kommissarius mit seiner erschöpfenden Sachkenntniß dieser Aufgabe genügend gerecht geworden ist. Wenn der Abg. Dr. Windthorst mit seiner gewohnten Meisterkraft in der Dialektik versucht hat, den Ausdruck meines Kommissarius „exorbitant“ festzunageln, so habe ich dazu zu bemerken, daß es in diesem Falle, wie es so häufig geht, besser gewesen wäre, an Stelle eines fremden terminus technicus ein ehrliches deutsches Wort zu nehmen. Hätte er gesagt: die preussische Einrichtung des recours ab abusu ist eine ganz außergewöhnlich weitergehende Einrichtung als die in anderen Staaten, so hätte er das gesagt, was er hat sagen wollen, und nicht das, was der Abg. Windthorst in einer gewissen prismatischen Lichtbrechung daraus gemacht hat. Der Umstand, daß die kassatorische Wirkung dieses Rekurses bei uns viel weiter geht als in anderen Ländern, ist auch in meinen Augen ein Mangel der preussischen Gesetzgebung gewesen, und ich stehe gar nicht an, zu sagen, wenn wir einmal dahin kommen werden, eine umfassende organisatorische Aenderung der Gesetzgebung vorzunehmen, ich als Staatsmann keine Bedenken tragen würde, hier den Hebel zu einer neuen Reform anzusetzen. Ich muß aber diesen Theil verlassen und mich zu einigen anderen Äußerungen des Abg. Windthorst wenden. Er sagt: „Ja, wenn man diesen Artikel unter ein Provisorium stellt, was ja in einem besonderen Artikel XII. dem ganzen Gesetze angehängt werden wird, dann könnte die Vorlage ein anderes Gesicht bekommen. Aber die Regierung hat sich ja die Vorlage gar nicht als ein Provisorium gedacht.“ Ich behalte mir über diese ungeheuer wichtige Frage das letzte Wort vor, wenn wir an die betr. Stelle gelangen. Er sagt ferner: „Ich habe ja in der Kommission an die Vertreter der Staatsregierung die ausdrückliche Frage gerichtet: „Will man uns versprechen, daß nach An-

nahme dieser Vorlage neue Verhandlungen angeknüpft werden sollen, und kann eine Garantie dafür gegeben werden, daß diese Verhandlungen auch zur Durchführung kommen?“ (Widerspruch.) Ich habe ihn so verstanden! M. H., ich habe ja schon bei der ersten Lesung erwidert, und habe es gethan unter Verlesung der Depechen, daß der Gedanke keineswegs ausgeschlossen sei (Stimmen im Centrum: Ausgeschlossen!), nach dem Zustandekommen dieser Vorlage neue Verhandlungen mit dem römischen Stuhle anzuknüpfen. Eine Garantie für ihre glückliche Durchführung kann ich doch weder in Aussicht stellen noch übernehmen. Alsdann hat der Abg. Windthorst noch als besonderes Bedenken gegen Artikel 11 die Stellung bezeichnet, in welche die Oberpräsidenten zu denjenigen kommen würden, welche in die Lage gerathen, ihre Hülfen anzurufen, und hat gemeint, daß nur diejenigen, die sich ihres Kind bei ihm machen könnten, hoffen könnten, daß nun auch wirklich in ihrem Interesse eingegriffen werde. Und das ist noch nicht einmal das Schlimmste, sagte er; die unteren Beamten haben ja die Entscheidung in der Hand, indem ihnen die Verichterstattung nach oben obliegt. M. H., wenn dieser Standpunkt der richtige ist, dann frage ich: Wo soll überhaupt eine Verwaltung ihre Verichte hernehmen? Daß die Oberbehörden auf Grund der Verichte der niederen ihre Entscheidungen fassen, ist doch wohl ganz natürlich; und ich denke, dahin wird's in Preußen niemals kommen, daß die Frau Bürgermeisterin ein Wort dabei mitzureden hat. (Beifall rechts.)

Abg. v. Cuny: Der Staat hat die Grenze zu ziehen in kirchlichen, wie in Militär- und Civilsachen, das bemerke ich dem Abg. v. d. Red. Der Herr hat einen sehr interessanten Vorschlag gemacht. Er will, daß Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche durch ein Aufregergericht entschieden werden. Dadurch wird das System der Gleichberechtigung zwischen Staat und Kirche ausgestellt. Diesem System gegenüber muß ich das System der Maigesetze festhalten. Der Abg. v. d. Red hat dann gemeint, daß die Berufung an den Gerichtshof gar nicht statthabe. Dieses muß ich seitens der evangelischen Geistlichen entschieden bestritten. Die Berufungen gingen nicht nur von den Seiten des Protestantenvereins aus, sondern auch von orthodoxer Seite; ich erinnere nur an die Berufung des Herrn Meinhold. Sollten wir nun in einem Augenblick, wo in der evangelischen Kirche ein Geist der Unzufriedenheit, der Regerrückerei herrscht, ein solches Recht aufheben? Ueberdies ist dieses Institut für die evangelischen Geistlichen nichts Neues. Das Landrecht stellt den abgesetzten Geistlichen die Berufung auf gerichtliche Entscheidung frei. Ich meine also, daß für die Evangelischen, bei denen überhaupt ein Nothstand nicht besteht, eine Abänderung des gegenwärtigen Zustandes nicht angezeigt ist. Darin stimme ich mit dem Centrum überein, daß anerkannte Mängel von der Regierung gesetzlich beseitigt werden müssen. Den hier vorgeschlagenen Weg der diskretionären Gewalt, im vorliegenden Falle des Uebergangsstadiums, kann ich aber nicht für richtig anerkennen. Ich weiß sehr wohl, daß man von Seiten der katholischen Geistlichen keinen sehr umfangreichen Gebrauch von diesem Rekurs machen wird. Indessen ist noch die prophylaktische Bedeutung dieses Instituts gar nicht zu verkennen. Auch in Frankreich hatte dieses Institut eine praktische Bedeutung, indem der Staat den geistlichen Erkenntnissen den weltlichen Arm lieh, wenn er es für angemessen hielt. Der Verlepte konnte ohne Weiteres direkt das Parlament angehen. In dieser Weise bestand das Institut jahrhundertlang als ein wirksamer Rechtsschutz der Geistlichen. Napoleon III. änderte dieses System dahin, daß der Rekurs vom Präfecten abhängig gemacht wurde. Ich resumire mich dahin: für die evangelische Kirche hat er eine praktische, wenigstens eine praktische, wenigstens eine prophylaktische Bedeutung und deshalb werde ich gegen Artikel 2 stimmen.

Nachdem noch Abg. Freiherr v. Minnigerode erklärt, daß der Abg. v. d. Red nicht im Namen der konservativen Partei, sondern seine persönliche Ansicht ausgesprochen, wird die Diskussion geschlossen und nach Ablehnung des Amendements Brühl Art. 2 abgelehnt.

Zu Artikel 3 (Unfähigkeitserklärung zur V. Ablehnung eines geistlichen Amtes), welchen die Kommission unverändert genehmigt hat, empfiehlt Abg.

Brüel einen Antrag, an Stelle des letzten Absatzes zu setzen:

„Die ferner vorgenommenen Amtshandlungen bleiben ohne rechtliche Wirkung, sind aber nicht mehr strafbar. Diefelben Folgen treten in den Fällen des § 21 im Gesetze vom 11. Mai 1873 ein.“

Abg. v. Rauchhaupt erklärt sich für unveränderte Annahme des Artikels 3. Redner wiederholt, daß die Konservativen in diesem Gesetz dem Centrum und gleichzeitig auch der Regierung die Handhabe bieten, den Frieden vorzubereiten in der Zeit, welche am Schlusse festgesetzt ist. Es sei nicht möglich, schon jetzt mit wirklichen organischen Gesetzen hervorzutreten; darüber dürfe man sich doch nicht wundern. Wenn man versuche, den Weg zum Frieden zu ebnen, so sollte man sich daran begnügen lassen, und nicht mehr fordern, als man bieten könne.

Abg. Dr. Windthorst: Der Art. 3 erkennt an, daß man bei den Maizegeßen zurückgegan- gen, und diese Anerkennung acceptiert ich. Man erkennt also an, daß man in das kirchliche Gebiet eingegriffen hat, aber man will trotz dieses Eingriffes diesen Fehler nicht vollständig beseitigen. Den Ausführungen des Vorredners gegenüber behaupte ich, die Regierung hat mit diesem Artikel eine organische Aenderung der Maizegeße allerdings beabsichtigt. Außerdem kann ich die ganze Argumentation nicht verstehen, weshalb wir uns halten sollen an den von der Regierung angeregten Gedanken. Die Staatsregierung ist vollständig in der Lage, mit dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaufe eine Revision zu Stande zu bringen, wenn sie nur will (Sehr richtig! im Centrum); und auch mit dem Herrenhaufe. Dies zu konstatieren ist bedeutungs- voll, denn es werden Versuche gemacht werden, zu sagen, es hat nicht gehen wollen, wir können uns auf weitere Verhandlungen nicht einlassen. Ich wiederhole und konstatire, daß diese Behauptung eine irrige ist. Denn nach allen Äußerungen von kon- servativer Seite ist unzweifelhaft, daß sie soweit wie die Regierung auch gehen wollen und — wir gehen dann auch so weit. (Heiterkeit.) Hat die Re- gierung sich mit uns oder mit dem Oberhaupt der Kirche verständigt, dann hat die Regierung die Ma- jorität. Redner behauptet, daß das Centrum bei der Beratung der Maizegeße sich auf der Anklage- bank befunden habe, die Majorität sei Ankläger und Richter gewesen. Ein Theil jener Majorität sage noch auf dieser (der rechten) Seite des Hauses Ich frage, wenn eine Fraktion, in welcher der Reichskanzler so nahestehende Rath sitzt, so auftritt, ob man dann nicht zweifeln muß über die Intentionen des Herrn Reichskanzlers? Haben die Herren Freikonservativen denn jemals Opposi- tion gemacht, wenn der Reichskanzler dies nicht wollte? Wir wollen nichts weiter als Garantien

So ist das nur die Wiederholung dessen, was die Protestanten im westfälischen Frieden zugesichert erhalten haben. Bei uns diktiert man in die kirch- lichen Verhältnisse hinein, das ist ein unerträglich Zustand, und wenn wir nicht möglichst bald dahin kommen, den Katholiken diese Garantien zu geben, dann sage ich Ihnen: Sie gefährden den preußi- schen Staat, Sie gefährden das deutsche Reich. (Lärm.) Die Konservativen mögen es uns daher versprechen, wenn wir nicht so rasch eingehen können auf Pläne, die jedenfalls unvollständig, dunkel sind. Unsere Vorschläge sind so mäßig, daß ich erstaunt gewesen bin, daß die Konservativen dagegen fort- während opponiren. Daß ist keine Aufmunterung, und ich kann nur sagen, der gute Wille ist da, aber die Thaten sind hinter dem Willen zurückge- blieben. Wenn wir uns nicht einigen sollten, dann können wir nur sagen: Wir können es nicht.

Abg. Schmidt (Sagan) weist die Angriffe des Vorredners gegen die freikonservative Partei zu- rück. Es werde sich diese durch dergleichen Angriffe nicht abhalten lassen, ihren Weg zu gehen. Redner erklärt sich gegen den Antrag Brüel und die un- veränderte Annahme des Art. 3.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Herr Vorredner hat gesagt, wir sollen uns den Gesetzen unterwerfen. Wie sehen denn die Gesetze aus, den- nen man sich unterwerfen soll? Das ist in diesem Augenblick eine geradezu lächerliche Zumuthung, zu sagen: Unterwerfen Sie sich den Staatsgesetzen! (Rufe: zur Ordnung!)

Präsident: Ich habe den Herrn Redner nicht so verstanden, daß er damit gesagt hat, es sei das, was Herr Abg. Schmidt geäußert, lächer- lich, sonst würde ich ihn zur Ordnung gerufen haben.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Ich bin dem Herrn Präsidenten sehr dankbar dafür, daß er mich so richtig verstanden hat. (Große Heiterkeit.) In der ganzen Angelegenheit handele es sich gar nicht um den Frieden mit der katholischen Kirche, sondern darum, das Centrum der Regierung dienst- bar und gefügig zu machen. Was die Ausfüh- rungen des Herrn Dr. Gneist anlangt, so haben sich sowohl der Kultusminister, als auch die Abgg. Röß und Rauchhaupt auf Herrn Dr. Gneist berufen. Am Ende werde sich auch noch das Centrum einmal auf Herrn Gneist berufen (Heiterkeit); denn was der Herr will, das kann er auch bewerkstelli- gen. (Heiterkeit.) Der Redner fordert dann die Kon- servativen auf, feste Grundzüge zu vertreten und selbstständig vorzugehen, sonst würden sie eines schö- nen Tages wieder so verduften, wie in den 70er Jahren. Unterlasse man es doch, die Maschine im- mer von Neuem zu schmieren; die Waffe der Ma- geseßgebung werde doch in der Ruhmeshalle keinen Platz finden.

Abg. Stöcker führt aus, daß es den Kon- servativen unmöglich sei, der Regierung entgegen-

zutreten, ohne den Willen der Regierung würden sie nichts durchsetzen, das Centrum möge endlich die Anfeindungen ruhen lassen. Herr Baumstark sei ein guter Katholik, und doch habe er in Aussicht gestellt, daß das Centrum als religiöse Partei sich einmal auflösen werde. (Rufe: Verduften!) Hier handle es sich um die erste Etappe auf dem Wege zum Frieden, und wenn man referirt habe auf das Schwert, das mit Del eingerieben werden soll, damit es nicht roste, so sage er, diese Vorlage sei mehr Del als Schwert! (Gelächter.) Redner wei- det sich sodann gegen die Ausführungen v. Cuny's, der auf dem Standpunkt Straßmann's stehe, und die heutige Richtung innerhalb der protestantischen Kirche als ein Kezergewicht bezeichnet habe. Redner weist diese Insinuation als unwahr zurück.

Die Debatte wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Frhr. v. Zedlitz: Ich kenne einen sehr feinen Fuchs, dem gleich nach dem Jahre 1866 die Ministertrabanten zu sauer ge- wesen sind. (Große Heiterkeit.)

Abg. Windthorst: Da der Herr Präsi- dent keine Rüge ausgesprochen hat, so muß ich an- nehmen, daß dies keine persönliche Bemerkung war. Was aber die Insinuation betrifft, so glaube ich, daß, wer mich kennt, dies als vollständig verfehlt annehmen wird. Ich habe niemals den Gedanken gehabt, in Preußen Minister zu werden; ich habe niemals darnach gestrebt, werde niemals darnach streben, und wenn mir in irgend einer Weise, was ich für unmöglich halte, der Weg zum Ministerium eröffnet würde, ich würde ihn sicherlich nicht be- treten. Wenn man Minister bei einem Könige war, dann geht man nicht zu einem anderen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Brüel verworfen und Art. 3 nach der Regierungsvorlage genehmigt (dafür stimmte das Centrum mit einigen Ausnahmen und die Konservativen).

Die Sitzung wird sodann vertagt.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be- rathung.

Deutschland.

Berlin, 20. Juni. Der Kronprinz empfing heute (Sonntag) 1 Uhr in Audienz im Neuen Pa- lais in Potsdam das Präsidium des Abgeordneten- hauses, die Herren v. Köller, v. Benda und Frei- herrn v. Heereman; dasselbe überbrachte die Glück- wünsche der preussischen Landesvertretung zur Ver- lobung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Victoria von Schleswig-Holstein-Augustenburg. Das Präsidium wurde nachher vom Prinzen Wilhelm empfangen.

Ausland.

Paris, 18. Juni. Der Umstand, daß der Präsident der Republik heute den festgesetzten offi- ziellen Besuch der Ackerbau-Ausstellung in Melun an dem am 19. Juni eröffneten Tag, verlegt zur Gemüthe, wie verändert die hiesigen Verhältnisse sich gestaltet haben. Letztere sind durch die so un- erwartete Sinnesänderung des Kabinetts betref- fende hervorgehoben oder, wie die gesamte Op- positionspresse und die gemäßigten republikanischen Organe es nennen, durch die vollständige Unterwerfung des Kabinetts unter den Willen Gambetta's. Die Grundlagen der Amnestievorlage sind in dem heute Vormittag gehaltenen Ministerrathe festgesetzt, und dürfte der Gesetzentwurf voraussichtlich morgen eingebracht werden. Andererseits verlautet, daß einige Minister wenigstens die absolut authentischen Mörder und Mordbrenner von der Amnestie aus- geschlossen wissen wollen. Die ultraradikalen Blät- ter drücken ihre Befriedigung über die Entschlüsse des Kabinetts, die Amnestie vorzuschlagen, aus, fü- gen aber sofort hinzu, daß dadurch bewiesen werde, wie es lediglich die Schuld Gambetta's sei, wenn die allgemeine Amnestie nicht schon vor achtzehn Monaten votirt worden ist.

Provinzielles.

Stettin, 21. Juni. Seit Begründung des deutschen Kriegerbundes verfolgen die Kriegervereine ein gemeinsames Streben und dadurch besteht unter denselben eine Einigkeit, wie man sie bei anderen einen Zweck verfolgenden Vereinen selten findet. Dies zeigt sich bei den ersten Beratungen wie bei den großen Festen, welche von den Kriegervereinen veranstaltet werden, und auch das Bezirksfest des V. (pommer'schen) Bezirks, welches gestern in Pölitz gefeiert wurde, machte davon keine Ausnahme. Die Bewohner der Stadt Pölitz und vor Allem der Vorstand des dortigen Kriegervereins hatten Alles aufgeboten, um den fremden Gästen einen herrlichen Empfang zu bereiten und den Straßen der Stadt ein festliches Gewand anzulegen und es ist ihnen dies auch vortrefflich gelungen, kein Haus war ohne grünen Schmuck geblieben und überall zeigten die Bewohner den Gästen gegenüber ein freundliches Entgegenkommen. Vom frühen Morgen an begannen die zum Bunde gehörigen Vereine einzurücken und sich im Schützenhause, welches ganz bedeutend vergrößert war, zu versammeln. Als sich von dort der Zug zum Festmarsch gegen 11 1/2 Uhr in Bewegung setzte, waren bereits 21 Vereine mit 24 Fahnen anwesend, welche unter Begleitung von 5 Musikkapellen nach dem Markt- platz marschirten, auch die städtischen Behörden von Pölitz gaben ihren Gästen das Ehrengelände. Dort war eine Rednertribüne errichtet, welche, nachdem die Kapelle des Basewalker Kürassier-Regiments einen Choral gelassen, von dem Bürgermeister von Pölitz, Herrn Zingler, betreten wurde, um die Vereine im Namen der Stadt Pölitz willkommen zu heißen. Den Dank der Vereine für die herrliche Aufnahme drückte Herr Pfarrer Kolbe aus, welcher auch die Festrede hielt und darin, nach einem Rückblick auf die denkwürdigen Jahre von 1870—71, nach

auf die Zwecke und Bestrebungen der Kriegervereine einging und mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser endete. Während die Rame- raden und das zahlreich anwesende Publikum be- geistert einstimmten, ertönte Glockengeläute und Böllerschüsse. Kamerad W. Wolff-Stettin sprach sodann als Mitglied des Bezirksvorstandes den Vereinen für das zahlreiche Erscheinen bei dem Feste den Dank des Bezirks-Vorstandes aus und mahnte zum ferneren Festhalten an den Bestrebun- gen des Bundes, mit einem Hoch auf denselben schließend. Hierauf marschirte der Zug wieder nach dem Festlokal, wo gemeinschaftliche Mittagstafel stattfand, bei welcher von den Herren Pölitz-Stettin, Bürgermeister Heinze-Neudorff, Pre- diger Lu d o w -Stettin und Dr. Blase n d o r f- Pyritz Toaste auf Se. Majestät den Kaiser, Se. Königl. Hoheit den Kronprinzen, auf die Stadt Pölitz und die Bundesmitglieder ausgebracht wur- den. Nach der Tafel wurde im Saale eine Be- zirks-Sitzung abgehalten, bei welcher folgende Ver- eine vertreten waren: Falkenburg, Finkenwalde, Grabow a. D., Garz a. D. I. und II., Greifswal- den, Kallow, Köditz, Lebbin, Neumark, Pasewalk, Pölitz, Pyritz, Pommerensdorf, Bodejuch, Stettin (Patriotischer und Stettiner Kriegerverein), Star- gard, Stepenitz, Schöningen, Neudorff, Wolgast und Züllow. Besondere Anträge waren für die Sitzung von keiner Seite gestellt, in Folge dessen nur Herr Dr. Blase n d o r f- Pyritz, welcher als Vertreter des V. Bezirks zum Bundestag nach Rastatt delegirt war, Bericht erstattete. Am Nach- mittag marschirten die Vereine unter Musikbeglei- tung nach der Meßenthiner Waldhalle, wo sich bald ein heiteres Volksfest entwickelte, bei welchem die Kapelle des Basewalker Kürassier-Regiments konzerti- rte. Herr Prediger Lu d o w -Stettin hob hier in einer Ansprache die aufopfernde Thätigkeit des Vorstandes des Pölitzer Krieger-Vereins bei den Vorbereitungen zum Feste vor und brachte denselben ein Hoch. Den Schluß des Festes machte bei ein- tretender Dunkelheit ein prächtiges Feuerwerk, wel- ches im Schützenhause abgebrannt wurde. Gegen 11 Uhr brachen die einzelnen Vereine auf und marschirten zum Volkswort, wo Schiffe zur Heim- fahrt bereit standen. Allen Festtheilnehmern (es waren circa 10,000 anwesend), sowie den Bewoh- nern von Pölitz wird das heitere durch nichts ge- trübte Fest stets in Erinnerung bleiben.

Der Pommer'sche Sängerbund feiert seine Gesangsfeste seit mehreren Jahren alljährlich in Stettin; während er dieselben früher auf dem Zulo abhielt, fand das gestrige VI. Gesangsfest im Pölitzschen Städtchen statt. Die Theilnahme des Publikums und der Vereine entsprach nicht den Er- wartungen, welche von dem Vorstande gehofft wur- den und dies läßt sich wohl theils dadurch erklären, daß in nächster Zeit in Gollnow ein Provinzial- Gesangsfest stattfindet, theils dürfte aber auch der Bund eine Schuld treffen, weil er stets Stettin zum Festort wählte und unsere Stadt zur Abhaltung ver- zerrt Feste weniger geeignet ist, als jede Provin- zialstadt, in welcher die Zusammenkunft so vieler Vereine zur Seltenheit gehört. Bei dem gestrigen Feste unterließ auch der in früheren Jahren übliche Festzug durch die Stadt, die Vereine zogen verein- zelt nach dem Festlokal, wo gegen 4 Uhr die Ge- sänge begannen. Die Festrede hielt der Vorsteher des Bundes, Herr R u g. Die Gesammtchöre klangen rein und kräftig und fanden lebhaften Bei- fall; bei dem Einzel-Gesang der Vereine ist beson- ders das von dem Stettiner Handwerker-Verein ge- sungene „Waldlied“ mit Tenor-Solo von F. Möb- ring hervorzuheben, auch die von dem Bodejucher Gesang-Verein „Eintracht“ und dem Stettiner Sän- gerbund „Liedertranz“ vorgetragenen Gesänge wur- den da capo verlangt. Bei dem Feste waren fol- gende Vereine anwesend: Prenzlau: „Liedertranz“, Stargard: „Germania“, Greifenhagen: Handwer- kerverein, Bodejuch: „Eintracht“, Frauendorf: „Concordia“, Züllow: „Concordia“ und „Vic- toria“, Bredow: Gesang-Verein, Grabow: Sän- gerbund, Stettin: Handwerker-Verein, Sängerbund und „Liedertranz“. Fest-Dirigent war Herr Lehrer K a s e n.

Am 17. d. M. Abends 8 Uhr bei Lauenburg im Walde neben der Stolper Chauffee in der Nähe des Malzschäfer Weges der Gymnast Wilh aus Lauenburg von einem fremden Handwerksburschen durch mehrere Messerschläge schwer verwundet worden. Die Baarschaft des Verwundeten hat nur in einigen Pfennigen bestanden. Der Räuber ist ein etwa ein- 30 Jahre alter Mann mittlerer Statur, mit struppigem Vollbart und dunklem Anzuge. Es wird jetzt auf ihn vigiliert.

Eine unverheiratete Marie Louise Jos. Blau h u t h in Großburg bei Dresden treibt seit langer Zeit das Schreiben von Bettelbriefen mit unwarpen Thatsachen gewerbsmäßig. Es hat sich in neuerer Zeit herausgestellt, daß dieselbe auch an verschiedene Personen in Stettin solche Briefe gesendet hat, deshalb wird von der Polizeibehörde vor der Blauhuth gewarnt.

Vorgestern wurde in dem Graben zwischen dem Möllendamm und der Weidenplantage die Leiche eines 8—9 Monate alten Kindes weiblichen Ge- schlechts gefunden.

Der Telegraphenbeamte S c h e l m a n n aus Grabow, welcher seit dem 10. d. M. vermisst wird, hat, wie jetzt ermittelt, seinem Leben durch einen Sprung in den Jollstrom bei Alt-Damm ein vor schnelles Ende gemacht.

In letzter Nacht gegen 12 1/2 Uhr wur- den die Bewohner Bodejuchs durch Feuerlärm ge- weckt. Sechs Gefährte sind ein Raub der Flammen geworden. Ueber die Entstehung des Feuers hat man bis jetzt nichts Bestimmtes in Erfahrung brin- gen können.

Die Stammlaute der Stettiner Waage- Kompanie feierten am 20. d. M. ihr Schützen- fest auf dem Garper Schrey; dasselbe war durch das beste Wetter begünstigt und wurde Stammann Mergenthal König.

Sowohl in den Korridoren der Gerichte als auch auf der Straße vor denselben finden oft recht heftige Wortwechsel zwischen den aus den Ter- minen kommenden Parteien statt, die zuweilen in Thätlichkeiten ausarten. So entspann sich am 12. Februar d. Js. auf der Elisabethstraße ein Streit zwischen der Frau Naulin und deren Tante, der Wittve Friederike F r e y e r und deren Sohn Her- mann Karl Wilhelm, welche von einem Termin, der zu Ungunsten der Frau Naulin entschieden worden war, kamen; dabei schlug die Wittve Freyer mit der Hand, Hermann fogar mit einem Schirm auf Frau Naulin ein. Deshalb waren Letztere in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts wegen Miß- handlung angeklagt und wurde die Wittve Freyer zu 15 Mark ev. 3 Tagen Gefängniß, Hermann Freyer zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Die nächste Verhandlung gegen die Wittve Friederike J a h n e, geb. Träger, wegen Wider- standes gegen die Staatsgewalt endete mit der Ver- urtheilung der Angeklagten zu 14 Tagen Ge- fängniß.

Die vom Mecklenburg-Strelitz'schen land- wirtschaftlichen Verein schon für 1880 beab- sichtigte, besonderer Umstände wegen aber auf das Jahr 1881 verlegte internationale Schaffaus findet jetzt, nachdem der Zukunftmarkt für edlere Pferde in Neu- brandenburg für das Jahr 1881 auf den 24. und 25. Mai festgesetzt ist, dort bestimmt an diesen Tagen gleichzeitig mit dem Zukunftspferdemarkt statt.

Literarisches.

Schaefer, Auswahl deutscher Gedichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Bremen, Heinsius. Der Verfasser bietet auf 516 Seiten eine Sammlung Gedichte von Haller bis zur Jetztzeit nach Dichtern geordnet. Die Auswahl ist eine gelungene, die Anordnung eine sehr zweckmäßige. Die Schüler werden durch dieselbe in die Eigenthümlichkeiten un- serer großen Dichter eingeführt. [94]

Wollberichte.

Berlin, 17. Juni. Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse treffen die Zufuhren von Wolle etwas verspätet am Plage ein. Die Läger waren in Folge dessen noch nicht zum Verkauf geordnet und die sonst schon heute beginnenden Geschäfte wurden dadurch etwas verzögert. Bis jetzt ist nur von einigen Abschläffen beliebter Schafereien, welche von inländischen Fabrikanten gekauft wurden, etwas verlautbart, wobei es sich angeblich um die vorjäh- rigen Preise, eher aber um Kleinigkeiten darüber drehte.

Telegraphische Depeschen.

Stuttg., 20. Juni. Se. Majestät der Kaiser hat heute früh im besten Wohlbefinden die Brunnenkur begonnen. Später unternahm Se. Majestät einen Spaziergang.

Dresden, 20. Juni. Die Zahl der in Folge des letzten großen Wollenbruchs in der sächsischen Oberlausitz umgekommenen Personen beträgt nach den bis jetzt gemachten Feststellungen 63.

Wien, 20. Juni. Die „Montagsrevue“ ver- öffentlicht Haymerles Rundschreiben betref- fende die Konferenz in Madrid. Dasselbe betont, daß sich die Konferenz in erster Reihe mit der Regelung der Rechte der Ausländer zu beschäftigen hat. Ueber Ansuchen des heiligen Stuhles schlägt Oesterreich vor, auch in Marocco in Bezug auf die religiöse Frage eine Ordnung der Dinge herzustellen, welche, indem sie auf dem Grundjah vollständiger Toleranz fußt, hinlängliche Garantien dafür giebt, daß für- derhin in Marocco keinem Religionsbekenntnis Hin- dernisse in den Weg gestellt und Niemand in seinem Glauben und in den religiösen Uebungen beeinträch- tigt wird. Sobald die Anschauungen der Mächte über die vorliegende Frage bekannt werden, wird Graf Rudolf die nötigen Instruktionen erhalten, diese Frage anzugehen und im Einverständnis mit seinen dortigen Kollegen Vorschläge formuliren. — Nach der „Montags-Revue“ ist die Aufgabe der Berliner Konferenz eine doppelte: nämlich den nö- thigen Schutz, welcher der Türkei so lange zu Theil werden muß, als man ihre Erbe keiner andern na- tionalen Potenz anzuvertrauen vermag, mit der Be- günstigung und Förderung auszugleichen, welche man dem zur einstigen Uebernahme der Erbschaft befä- higtsten und den Interessen Europas entsprechend- sten Volks-Elemente entgegen zu bringen hat.

Paris, 19. Juni. Das heute von Freycinet eingebrachte Amnestieprojekt wurde von der Majori- tät mit lebhaftem Beifall begrüßt und fast jede Phase der kurzen Motive applaudirt, namentlich die Worte des Ministers, daß die Amnestie nicht eine Rehabilitation der Verbrecher der Kommune sein solle, sondern ein Gnadenakt aus politischen Rück- sichten. Bemerkte wurde ferner die Energie, mit welcher Freycinet betonte, daß die Regierung sich stark genug fühle, keine revolutionären Agitationen zu fürchten, und daß sie stets ihre Pflicht zur Auf- rechterhaltung der öffentlichen Ordnung ohne Schwäche thun werde. Die Amnestie ist eine vollständige, auch für alle Verbrechen des gemeinen Rechts ohne Ausnahme, welche mit dem Aufstande von 1870/71 zusammenhängen, ferner für alle politischen und Pressevergehen bis heute. Man glaubt, daß die Amnestie im Senate keine ernstlichen Opposition mehr begegnen werde. Unter den Radikalen herrscht allgemeiner Jubel, in konservativen und auch viel- fach in gemäßigten republikanischen Kreisen ist man der Ansicht, daß das Ministerium sich durch seine schwankende Haltung und seine Unterwerfung un- ter den Willen Gambetta's den Todesstoß gegeben habe.